

ERNST PORTNER

DER ANSATZ ZUR DEMOKRATISCHEN MASSENPARTEI IM DEUTSCHEN
LINKSLIBERALISMUS

I

Ende Januar 1919 schrieb Gustav Stresemann¹, daß der Erfolg der Deutschen demokratischen Partei in keinem Verhältnis stehe „zu den Tiraden, die der Wahl selbst vorangingen“. Er erwähnt die „geschickte Propaganda“ der Demokraten, ihre „einflußreiche Presse“, ihre „an amerikanische Verhältnisse gemahnenden Geldmittel“ und eine „Reklame, die an die Inserate großer Warenhäuser erinnert“. Diese Bemerkungen über den Konkurrenten der Deutschen Volkspartei legen die Frage nahe, inwieweit der deutsche Liberalismus nach dem ersten Weltkrieg dazu übergegangen war, seine Agitations- und Organisationsformen der „massendemokratischen Wirklichkeit“ anzupassen². Dürfen Stresemanns Andeutungen so verstanden werden, daß innerhalb der DDP der Weg zur modernen „demokratischen Integrationspartei“³ ernsthaft und zielbewußt eingeschlagen wurde? – Es soll zunächst auf einzelne Phänomene hingewiesen werden.

Wenn früher eine intensive Massenagitation von den liberalen Parteien als unwürdig abgelehnt worden war, so wurde jetzt ihre Notwendigkeit in jenen politischen Gruppen klar erkannt, die sich nach der Revolution in der DDP zusammenfanden⁴. Daher hat bereits im November 1918 die württembergische Parteiorganisation ein Werbebüro in Stuttgart errichtet und dessen hauptamtliche Leitung einem Manne anvertraut, der Jahre im Ausland gelebt und die Methoden amerikanischer Werbearbeit, auch vor Präsidentenwahlen, kennengelernt hatte⁵. Es wurde vorgeschlagen, die Werbearbeit für eine moderne Partei nach dem Vorbild der Reklame eines großen Wirtschaftsbetriebes für einen neuen Massenartikel zu ge-

¹ Deutsche Stimmen, 31. Jg. 1919, Nr. 5, S. 66/67: „Politische Umschau“ vom 29. 1. 1919.

² Wiederholt hat Th. Schieder darauf aufmerksam gemacht, daß die „politische Tragödie des deutschen Liberalismus“ in der mangelhaften Anpassung an die massendemokratische Wirklichkeit bestanden habe; Vgl.: Staat und Gesellschaft im Wandel unserer Zeit, München 1958, S. 61, 75, 82; ebenso: Das Verhältnis von politischer und gesellschaftlicher Verfassung und die Krise des bürgerlichen Liberalismus, in HZ 177 (1954), S. 49–74, und: Der Liberalismus und die Strukturwandlungen der modernen Gesellschaft vom 19. und 20. Jahrhundert, in: Relazioni, V, storia contemporanea (Comitato Internazionale di Scienze Storiche, Roma 4–11 settembre 1955), a cura della Giunta Centrale per gli Studi Storici, Firenze, S. 145–172.

³ Nach der Terminologie von Sigmund Neumann, Die Deutschen Parteien, Wesen und Wandel nach dem Kriege, Berlin 1932.

⁴ Dies muß betont werden gegenüber Günter Fischenberg, Der Dt. Liberalismus und die Entstehung der Weimarer Republik, Phil. Diss. Münster, 1958, S. 176/177.

⁵ Nachlaß Conrad Haußmann, Hauptstaatsarchiv Stuttgart, Faszikel Nr. 102; vgl. Brief von H. J. Unkel an Haußmann, 20. Nov. 1918.

stalten: langatmige, schönstilisierte Abhandlungen seien wertlos, ein „neuer Artikel“ müsse schlagwortartig auf Plakaten angepriesen werden; die Mentalität von Stadt- und Landbevölkerung erfordere Rücksichtnahme; viel sei von der englischen und amerikanischen Bildreklame während des Krieges zu lernen; der Kinematograph lasse sich großartig verwenden; gedacht wird an beflaggte Kraftwagen mit Partei-rednern, an Verteilung von Liebesgaben an die heimkehrenden Truppen, an die Gewinnung führender Tageszeitungen und die Aufstellung einer Kartei, welche die Namen von Agenten und die Ergebnisse der letzten drei Wahlen enthält, auch Pressestimmen aus anderen politischen Lagern sammelt; eine Zentralstelle soll die einzelnen Bezirke mit Literatur und Rednern versorgen; und schließlich wird der Rat erteilt, die vielen kaufmännischen Vereine in Deutschland endlich zusammenzufassen und als berufsständischen Rückhalt der Partei zu gewinnen. In dieselbe Richtung zielen die „Entwürfe für die Propaganda“⁶, mit denen sich Hartmann von Richthofen beschäftigte, der den 16. Wahlkreis (Regierungsbezirk Hannover und Hildesheim) in der Nationalversammlung vertrat: Da einem großen Teil des deutschen Volkes politisches Denken und Fühlen neu, ja lästig sei, müsse von der Annahme ausgegangen werden, daß die Masse derjenigen Partei am ehesten ihre Stimme gebe, „welche die geschickteste, marktschreiendste Propaganda entfaltet“. Daher genügten die Reklamemuster der Firmen „Odol“ oder „Nestle's Kindermehl“ nicht mehr; man plante vielmehr, Massenartikel, wie Pillenschachteln, Umschlagpapier, Krawatten, in den Farben der Partei herzustellen und Bleistifte mit der Aufschrift „Demokrat“ zu versehen.

Freilich wurden nicht alle Vorschläge dieser Art verwirklicht. Aber der Geschäftsführende Ausschuß der DDP⁷ entschloß sich in seinen Sitzungen vom 28. Dezember 1918 und 4. Januar 1919, die modernsten Mittel wirksamer Massena-gitation anzuwenden. Es wurden 15000 Mark für die Herstellung eines von Otto Nuschke entworfenen Films bewilligt, dessen Produzent sich verpflichtete, den Streifen in allen Filmtheatern Deutschlands in etwa acht Tagen ablaufen zu lassen. Desgleichen wurde beschlossen, über allen Gebieten des Reiches Flugschriften abzuwerfen. Bernhard Dernburg erklärte sich bereit, die für die „Flugzeugpropaganda“ erforderliche Geldsumme zu besorgen. Während die Finanzlage der DVP ihrer Wahlkampagne im Januar 1919 enge Grenzen setzte, war die DDP tatsächlich imstande, ihre Werbeaktionen in einem Stil zu entfalten, der in der Geschichte deutscher liberaler Parteien bisher unbekannt war. Nach dem Geschäftsbericht auf dem ersten Parteitag⁸ hat sie vor den Nationalwahlen Flugblätter in einer Gesamtauflage von 15½ Millionen Stück verteilt, nämlich 50 Flugblätter allgemeinen Inhalts in einer Auflage von 10670000 und 33 für die weibliche Wählerschaft in 4800000 Exemplaren. Überdies leisteten große Presseorgane wie das „Berliner

⁶ Nachlaß Hartmann von Richthofen, Bundesarchiv Koblenz, Faszikel Nr. 17.

⁷ Sitzungsprotokolle des Geschäftsführenden Ausschusses der DDP (1918/19), Bundesarchiv Koblenz, R 45 III/9.

⁸ Bericht über die Verhandlungen des ersten Parteitags der DDP, abgehalten in Berlin vom 19. bis 22. Juli 1919, hrsg. von der Reichsgeschäftsstelle der DDP, Berlin o. J., S. 14.

Tageblatt“, die „Vossische Zeitung“ und die „Frankfurter Zeitung“ der DDP ernergische Schützenhilfe.

Daß eine moderne Partei neben extensiver Werbung vor allem ständiger Kleinarbeit bedarf, um erfolgreich zu sein, hat Anton Erkelenz unermüdlich betont⁹. Als Sekretär der Deutschen Gewerkvereine, als Naumann-Anhänger und wohl auch auf Grund seiner Wanderzeit in England und Amerika¹⁰ war er den Problemen der Industriegesellschaft gegenüber in hohem Grade aufgeschlossen. Er wußte, daß nur dann die Massen erfaßt werden können, wenn die Partei sich mit Entschiedenheit vom Typ jener Honoratiorenpolitiker trennt, denen der Ausbau einer feinnervigen Kleinorganisation und die beharrliche Arbeit außerhalb der Monate des Wahlkampfes „langweilig“, auch „unwürdig“ erschienen: „Wer selber nicht organisieren will, verdient nicht, von einer Organisation zu irgendwelchen Ehrenämtern emporgetragen zu werden.“¹¹

Seinen Vorstellungen dürfte die Arbeitsweise der schwäbischen Demokraten am meisten entsprochen haben. Die Organisation der DDP in Württemberg galt als die beste im ganzen Reich¹². Bereits im Dezember 1918 verfügte sie über 13 Aktionsausschüsse, in denen die Parteiarbeit differenziert wurde¹³. Haußmann wollte die Tätigkeit dieser Ausschüsse durch Übertragung von Spezialaufträgen an Einzelpersonen ergänzen, wovon er sich eine Hebung der Initiative und Selbstverantwortlichkeit versprach¹⁴. Darüber hinaus hatte man in Württemberg den Ausbau der Ortsgruppen in einer Weise vorangetrieben, daß man hier Organisationsformen nahekam, die als typisch für die Struktur sozialistischer Massenparteien¹⁵ angesehen werden müssen¹⁶. Die Vorsitzenden der Ortsgruppen wurden angewiesen, Bezirksobmänner aufzustellen, die ihr Gebiet wiederum in Straßenzüge und Häuserviertel einteilen sollten; das unterste Glied der Mitgliederwerbung bildeten die „Haus-

⁹ Vgl. seine Artikel vom November und Dezember in: Die Hilfe, 25. Jg., Berlin 1919: Betrachtungen zur Organisation der Partei, S. 658 ff.; Von den Kleinigkeiten in der Parteiarbeit, S. 674 ff.; Parteifinanzen, S. 692 ff.; Die Parteizentrale, S. 712 ff.; Noch einmal: Kleinarbeit, S. 726 ff.

¹⁰ Vgl. die biographischen Angaben in: Zehn Jahre Deutsche Republik, Ein Handbuch für republikanische Politik, hrsg. v. Anton Erkelenz, Berlin 1928, S. 559.

¹¹ Die Hilfe 25 (1919), S. 660.

¹² Eine entsprechende Erklärung hat die Parteileitung auf dem Nürnberger Parteitag, Dezember 1920, abgegeben; vgl. Nachlaß Haußmann, a. a. O., Nr. 102, Aufzeichnungen vom Januar 1921, S. 1.

¹³ Nachlaß Haußmann, a. a. O., Nr. 102, Verzeichnis der Wahl- und Aktionsausschüsse: Hauptausschuß, Propaganda und Presse, Volksbildung, Sozial- und Volkswirtschaft, Frauen, Landwirtschaft, Arbeiter, Mittelstand, Beamte, Privatangestellte, Handel und Industrie, Finanzen, Gemeindepolitik. Auf einem anderen Zettel sind außerdem verzeichnet: Programatische Arbeit, Jugend.

¹⁴ Nachlaß Haußmann, Nr. 102, Aufzeichnungen aus dem Januar 1921, von Haußmann als Publikation geplant.

¹⁵ Vgl. Maurice Duverger, Die Politischen Parteien, Tüb. 1959, bes. S. 35 ff.

¹⁶ Nachlaß Haußmann, a. a. O., Nr. 102, „Winke für die Mitgliederwerbung und den Wahltag“; es geht nicht hervor, wann diese Unterlagen an die Ortsvereine abgesandt wurden, ob vor der Wahl zur Nationalversammlung oder vor der ersten Reichstagswahl.

vertrauensleute“; zweckdienlich erschien die Aufstellung von Vertrauenspersonen in Vereinen, Betrieben und Geschäften; vorgesehen war ein Netz von Verbindungsmännern zwischen den einzelnen Untergruppen und den Ortsvereinen; am Wahltage selbst sollten Fahrzeuge für das Abholen alter und kranker Wähler bereitgestellt werden. Es wird deutlich, daß ein neuer Geist in „bürgerlichen“ Parteibüros Einzug hielt, um veraltete Arbeitsweisen gründlich zu revidieren. Neuer Geist spricht auch aus den Vorschlägen Haußmanns¹⁷, in die Veranstaltungen der Partei mehr unpolitischen Bildungsstoff und Unterhaltung hereinzuziehen, mehr als früher das gesellschaftliche Leben zu pflegen; Haußmann erinnert daran, wie wichtig es für das Wiederkommen der Parteifreunde sei, „unverstimmt aus den Zusammenkünften wegzugehen“.

Zumindest in ihren Anfängen hat die DDP auf die Ausbildung eines breiten Mitgliederstammes Gewicht gelegt¹⁸. Auch in ihren Reihen ertönte „Der Schrei nach der Zahl als politischer Machtfaktor“¹⁹. Nach parteieigenen Angaben²⁰ waren zur Zeit des ersten Parteitags 787 946 Mitglieder in 2042 Ortsgruppen organisiert, die in 73 Kreisverbänden bzw. 10 Bezirksverbänden zusammengefaßt wurden. Die Zahl stieg auf etwa 900 000, da die Angaben aus den besetzten Gebieten nicht zugrundegelegt werden konnten. An der Spitze stand Württemberg mit 49 000 Mitgliedern, es folgten Hamburg mit 40 000, Hessen-Nassau nebst Frankfurt mit 39 120 und der Wahlkreis Teltow-Beskow mit 38 725. Nuschke forderte alle Organisationen auf, ihre Stärke bis zum nächsten Jahre „zu verdoppeln und zu verdreifachen“. Demnach sind 14–16% der 5 641 825 demokratischen Wähler vom 19. Januar 1919 eingeschriebene DDP-Mitglieder gewesen. Dieser Prozentsatz war außerordentlich hoch. Man vergleiche ihn mit den Verhältnissen in der Bundesrepublik, wo nach den Berechnungen der Parteienrechtskommission von den Wählern der Bundestagswahl 1953 nur rund 4,2% Mitglieder einer Partei waren²¹. Aber auch im Hinblick auf den Mitgliederstand der SPD²² im Jahre 1919 oder der NSDAP²³ im Jahre 1932 verdient die angeführte Zahl starke Beachtung. Andererseits ist zu bedenken, daß 118 Parteisekretäre²⁴ für eine so verzweigte Organisation

¹⁷ Nachlaß Haußmann, Nr. 102, Aufzeichnungen Januar 1921, S. 5.

¹⁸ K. D. Brachers Meinung, im fortschreitenden Zerfall der liberalen Partei eine unmittelbare Folge mangelnder Organisation und ungenügender Bemühungen um die Verbreiterung des Mitgliederstammes zu sehen (in: Die Auflösung der Weimarer Republik, Villingen/Schwarzwald, 5. A. 1960, S. 87), halte ich nur für die späteren Jahre für richtig; aber auch dann dürfte die Schwäche der Organisation nicht die entscheidende Ursache des Zerfalls gewesen sein, was übrigens Bracher auch nicht behauptet.

¹⁹ Er ist von Robert Michels (Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie, Neudruck der 2. Aufl., Stuttgart 1957, S. 20 ff.) als bezeichnend für Massenparteien erkannt worden.

²⁰ 1. Parteitag, a. a. O. (vgl. Anm. 8), Geschäftsbericht, S. 16/17.

²¹ Th. Eilwein, Das Regierungssystem der Bundesrepublik Deutschland, Köln u. Opladen 1963, S. 76; vgl. auch S. 75.

²² Wähler: 11 400 000; Mitglieder: 1 012 299 (vgl. Duverger, a. a. O., S. 86), d. h. 8,8‰.

²³ Wähler (31. 7. 32): 15 746 000; Mitglieder: 800 000 (vgl. Duverger, S. 88), d. h. 5,8‰.

²⁴ 1. Parteitag, a. a. O., S. 17.

unzureichend sein mußten²⁶. In dieser Hinsicht wie in der Frage der Parteifinanzierung, die lediglich vor den Nationalwahlen befriedigend gelöst wurde, ist die DDP den Weg zur Massenpartei in der Tat *nie* zu Ende gegangen. Das Ziel, die Partei von Geldern einseitiger Interessentenkreise unabhängig zu machen²⁶, blieb unerreicht. Man darf annehmen, daß der 1919 vorgeschriebene Jahresbeitrag in Höhe von 6 Mark, der doch nur die Hälfte des sozialdemokratischen ausmachte, keineswegs von jedem Mitgliede regelmäßig entrichtet wurde²⁷.

Der Charakter der DDP als einer „Mitgliederpartei“²⁸ wurde indessen durch § 13 der Parteisatzung²⁹ unterstrichen, der die Mitgliederzahlen der einzelnen Organisationen zum Maßstab für die Zusammensetzung der Parteitage machte. Mit Recht ist festgestellt worden³⁰, daß sich die DDP damit im Gegensatz zur DVP, welche die örtlichen Wählerstimmen zum Kriterium nahm, vom Typ der „Honoratiorenpartei“ entfernte und organisatorisch der Massenpartei näherte, wie sie von der SPD verkörpert wurde. In die gleiche Richtung zielte der allen modernen Parteien eigentümliche Trend³¹, die Herrschaft der Parlamentarier über die Parteiführung abzuschütteln: Die ex-officio-Vertretung der Parlamentarier in den obersten Organen der Partei, d. h. dem Parteitag, dem Parteiausschuß und dem Hauptvorstand, ist ziemlich eingeschränkt worden. Allerdings dürften die tatsächlichen Machtverhältnisse innerhalb der Führungsgremien und der Prozeß der Willensbildung nicht der in den Statuten vorgenommenen Gewichtsverteilung entsprochen haben. Der Austritt Theodor Wolffs³² aus dem Hauptvorstand erfolgte als Protest gegen die Verlagerung der Führung der Partei in die Hände der Nationalversammlungsfraktion³³. Ferner wird man sagen können, daß eine straff-zentralisierte Leitung, wie sie bei der SPD üblich und ebenfalls in den ersten Jahren der DVP nachzuweisen ist³⁴, weder in der Satzung vorgesehen war noch ausgeübt wurde. Der frühe Tod überdurchschnittlicher demokratischer Persönlichkeiten, die sich vielleicht einmal

²⁶ Obwohl man dies einsah, ist die Zahl der hauptamtlichen Funktionäre ständig zurückgegangen. 1927 gab es nur noch 48 Parteibeamte, während die SPD 1387 besaß; vgl.: Werner Stephan, Die Organisation der DDP, in: Zehn Jahre Dt. Republik, a. a. O., S. 545.

²⁷ Das forderte u. a. Erkelenz, in: Die Hilfe, 25 (1919), S. 692/695.

²⁸ Die Mandatsprüfungskommission stellte fest, daß wegen rückständiger Abgaben der Bezirke an die Zentrale strenggenommen die Wahl sämtlicher 550 Delegierten zum Parteitag ungültig sei, 1. Parteitag, a. a. O., S. 120.

²⁹ Über den Unterschied zwischen „Mitgliederpartei“ und „Wählerpartei“ vgl. v. d. Heyde-Sacherl, Soziologie der deutschen Parteien, München 1955, S. 155 ff. und Duverger, a. a. O., S. 81 ff.

³⁰ Beschlossen am 21. Juli 1919; Text im Anhang zu: Bericht über die Verhandlungen des 2. außerordentlichen Parteitags der DDP, abgehalten in Leipzig vom 13.–15. Dez. 1919, hrsg. von der Reichsgeschäftsstelle, o. J.

³¹ Wolfgang Hartenstein, Die Anfänge der DVP 1918–1920, Düsseldorf 1962, S. 257.

³² Vgl. Duverger, a. a. O., Kp. 3, IV (Parteileiter und Parlamentarier).

³³ Th. Wolff, Chefredakteur des Berliner Tageblatts, gehörte zu den Gründern der DDP.

³⁴ Vgl. Nachlaß Haußmann, a. a. O., Nr. 102, Brief Haußmanns an Wolff, 2. 5. 1919; sowie ebenda Brief Wolffs an Fischbeck, Ende April 1919.

³⁵ Vgl. Hartenstein, a. a. O., S. 264.

hätten durchsetzen können, mag freilich in dieser Richtung verstärkend mitgewirkt haben.

In dem Fehlen eines wirklich dirigierenden obersten Führers würde ich eher als in dem Verharren der DDP beim Typ der „Weltanschauungspartei“ ein Symptom für die nicht ganz geglückte Anpassung an die Massendemokratie erkennen, da diese des Charismatischen zu bedürfen glaubt. Weltanschauungsparteien sind letzten Endes *alle* großen Parteien in Deutschland gewesen. Erst heutzutage darf man unter Umständen von einem allmählichen Wandel zur „Kader- oder Rahmenpartei“ sprechen³⁵. Die Strukturen einer „apparathaften“ Massenpartei und einer „bekenennenden“ Weltanschauungspartei schließen sich gegenseitig jedenfalls nicht aus. Selbst Friedrich Naumann, der wie kein zweiter den Nachfahren der alten Liberalen den Willen zum politischen Kampf um die Macht im Staate predigte³⁶, hat nicht darauf verzichten wollen, durch seinen „Versuch volksverständlicher Grundrechte“ Leitgedanken einer Welt- und Staatsanschauung in das politische Leben zu rücken³⁷. Es entsprach durchaus der Naumannschen Haltung, wenn Diskussionsredner auf dem zweiten Parteitag gegenüber den Ausführungen von Ernst Troeltsch betonten³⁸, das Ideologische aus dem Parteiprogramm doch nicht ausklammern zu können. Die Mehrzahl der demokratischen Führer dürfte die rein funktionalistische Auffassung der Demokratie, wie sie Max Weber vertrat³⁹, von sich gewiesen haben. Es wäre freilich zu fragen, inwieweit ideologische Momente die Partei möglicherweise davon abhielten, größeren Einfluß auf soziale Verbände zu gewinnen. Immerhin hat die DDP sich zeitweilig eifrig bemüht, unter dem Leitwort „freiheitlich-national“ Arbeiter und Angestellte um sich zu scharen. Aber die Reste der Hirsch-Duncker-schen Gewerkschaften hatten in der Weimarer Zeit nur 2,2% der organisierten Arbeiter und der „Gesamtverband der Angestellten“ lediglich 20,7% der Angestelltenschaft hinter sich⁴⁰. Die Spitzenverbände der Industriellen andererseits haben sich nach anfänglichem Schwanken hinter die DVP gestellt⁴¹.

Trotz dieser und anderer Einschränkungen darf jedoch der energische Reformwille, der nach der Novemberrevolution im deutschen Linksliberalismus lebendig

³⁵ Vgl. Schieder, Staat und Gesellschaft, a. a. O., S. 166.

³⁶ Th. Heuß, Die Deutsche Demokratische Partei, in: Volk und Reich der Deutschen, II, 1929, S. 107.

³⁷ Vgl. Th. Heuß, Friedrich Naumann, 2. A. 1949, S. 470.

³⁸ 2. Parteitag, a. a. O., S. 186; bes. die Ausführungen von Prof. Rade, des Schwiegersohnes von Naumann. Über das Mißtrauen, das Ernst Troeltsch gegen Ideologien und Ideologen hegte, vgl. auch: Eric C. Kollmann, Eine Diagnose der Weimarer Republik, in: HZ 182 (1956), S. 309.

³⁹ Wolfgang J. Mommsen, Max Weber und die deutsche Politik 1890–1920, Tübingen 1959, S. 386, 394, bes. 419.

⁴⁰ Vgl. Fischenberg, a. a. O., S. 170 f.

⁴¹ In der Annahme, daß die DDP die große Partei des geeinten liberalen Bürgertums darstelle, haben anfangs viele Industrielle die DDP unterstützt. Vgl. aber auch den Brief des Vorsitzenden des Verbandes Sächsischer Industrieller an Stresemann vom 21. Dez. 1918, Nachlaß Stresemann, Kopie Bundesarchiv Koblenz, Film 3068, H 133 852 ff.: es sei notwendig, eine Partei zu unterstützen, die von den Arbeitern nicht bekämpft werde.

war, nicht übersehen werden. Man hatte begriffen, daß „der notdürftige handwerksmäßige Betrieb der früheren Zeit“ nicht mehr ausreichte⁴², und man begann, aus dieser Erkenntnis auf vielen Gebieten der Parteiagitatio und -organisation die Konsequenzen zu ziehen.

II

Indem er an Hermann Schulze-Delitzsch, an den Verein für Sozialpolitik und Naumanns nationalsoziale Bewegung erinnert, spricht Theodor Schieder⁴³ von dem dreimaligen, letztlich erfolglosen Anlauf des deutschen politischen Liberalismus, sich auf soziale Schichten außerhalb des „Bürgertums“ auszudehnen. Unter bestimmten Aspekten bedeutet das Jahr 1919 eine Wiederaufnahme dieser Versuche. Dieser vierte Anlauf liegt im Bereich des Programmatischen, er offenbart sich sowohl im Selbstverständnis der DDP wie in ihrer Haltung zu den Problemen der Sozial- und Wirtschaftspolitik.

Wenn auch der ursprünglich bedeutende Einfluß⁴⁴ der radikaldemokratischen Gruppe um Alfred Weber und Theodor Wolff, die von der Politik der alten liberalen Parteien abrückte, innerhalb der sich konsolidierenden DDP sehr bald zurückging, wenn auch die routinierten Parlamentarier des alten Reichstags die Führung übernahmen, so ist doch allgemein die DDP als echter Neubeginn, der die Enge früherer Parteiverhältnisse sprengen sollte, empfunden worden. Im Grunde genommen lehnten es viele ihrer Anhänger ab, zu den „bürgerlichen“ Parteien gezählt zu werden. Der Standpunkt Alfred Webers⁴⁵ in dieser Frage wurde geteilt von Männern, die sich ihrer politischen Herkunft nach deutlich unterschieden. Der Naumannianer Wilhelm Heile schrieb⁴⁶: „Wir unsererseits lehnen es ab, eine ‚bürgerliche‘ Partei zu sein, weil wir es als eine menschliche Entehrung betrachten müßten, nicht zu den ‚Arbeitern‘ gerechnet zu werden, und ebenso als eine Beleidigung der ‚Arbeiter‘, daß sie nicht auch ‚Bürger‘ seien.“ Der ehemalige Nationalliberale Eugen Schiffer sagte auf dem ersten Parteitag: „Ich kenne keinen Gegensatz zwischen Bürgern und Arbeitern; die Arbeiter gehören zu den Bürgern, die Bürger gehören zu den Arbeitern.“⁴⁷ Und der süddeutsche Demokrat Hausmann rief in der Nationalversammlung aus⁴⁸: „Jeder Arbeiter muß ein Bürger, und jeder Bürger muß ein Arbeiter werden!“ Gedanken dieser Art sind von der überwiegenden Mehrheit der

⁴² Worte Naumanns nach seiner Wahl zum Parteiführer, 1. Parteitag, S. 239.

⁴³ Staat und Gesellschaft, a. a. O., S. 78/79.

⁴⁴ Über ihre Rolle bei der Entstehung der DDP vgl.: Otto Nuschke, Wie die DDP wurde . . . , in: 10 Jahre Deutsche Republik, a. a. O., S. 24ff.; Die Entstehung der DVP, Hrsg. von der Reichsgeschäftsstelle der DVP, Berlin, o. J. (1919); neuerdings: Hartenstein, a. a. O., Kp. I, bes. S. 11.

⁴⁵ Vgl. G. Stresemann, Von der Revolution bis zum Frieden von Versailles, Berlin 1919, S. 87.

⁴⁶ Die Hilfe, 25 (1919), S. 723.

⁴⁷ 1. Parteitag, a. a. O., S. 79.

⁴⁸ Die Deutsche Nationalversammlung im Jahre 1919, Hrsg. v. Ed. Heilfron (im folgenden abgekürzt: Heilfron), Bd. V, Berlin o. J., S. 2940.

Diskussionsredner auf den ersten beiden Parteitagungen geäußert worden. Sie lassen sich zusammenfassen in dem Bekenntnis: „Wir sind eine Volkspartei oder müssen überhaupt aufhören zu existieren.“⁴⁹ Es war nicht das Ziel, eine bürgerliche demokratische Partei neben eine proletarische demokratische zu stellen, sondern etwas Neues und Eigenes auf die Fahne zu schreiben: „Wir . . . wollen Anhänger eines das ganze deutsche Volk umspannenden geistigen Prinzips sein.“⁵⁰ In dem Wirken für die Idee der Volksgemeinschaft, für das, was Hugo Preuß „nationale Demokratie“ zu nennen pflegte⁵¹, sahen die Führer der DDP die Aufgabe ihrer Partei. „Die Spaltung der Nation in zwei Völker“⁵² sollte überwunden werden. Ein Gelingen hätte die durch Klassengegensätze verhärteten Fronten der deutschen Parteien zerbrochen und die DDP vielleicht zu dem machen können, was ihr stets vorschwebte, zur großen, umfassenden „Staatspartei“.

In der Absicht, den Ausgleich zwischen den sozialen Klassen zu fördern, und beseelt von dem Wunsch, eine Brücke zwischen altem und neuem Deutschland zu bauen, hat die Weimarer DDP den Gedanken einer bürgerlichen Blockpolitik gegen die sozialistische Front von sich gewiesen. Eine Blockpolitik hätte in ihren Augen zum Bürgerkrieg führen müssen. Männer wie Preuß⁵³ und Friedrich von Payer⁵⁴ haben daher ein allzu enges Zusammengehen oder gar eine Fusion der DDP mit der DVP auch nach der Wahlniederlage von 1920 abgelehnt.

Es sollte sich jedoch sehr bald zeigen, daß diese Haltung der DDP keine Auflockerung der Fronten zur Folge hatte, sie muß im Gegenteil als entscheidende Ursache für ihren rapiden Machtschwund erkannt werden.

Die Reichstagswahl von 1920 hat die DVP unter der Parole einer „bürgerlichen Sammlungsbewegung“⁵⁵ gewonnen. Stresemann, davon überzeugt, daß „die Logik der Ereignisse“ das Bürgertum nach rechts zur Verteidigung der „bestehenden Gesellschaftsordnung“ führen werde⁵⁶, hatte recht behalten. Bereits im Frühsommer

⁴⁹ Prof. Gerland auf dem 2. Parteitag, S. 42.

⁵⁰ Prof. Obst (Breslau) auf dem 1. Parteitag, S. 102.

⁵¹ Hugo Preuß, Staat, Recht und Freiheit, Tübingen 1926, S. 429 ff. Der Gedanke der „nationalen Demokratie“ zieht sich durch sein gesamtes wissenschaftliches und publizistisches Werk.

⁵² Bezeichnend für die „Klage über die Spaltung in zwei Völker“: Die Deutsche Nation (Eine Zeitschrift für Politik), Berlin 1919, H. 9 (Sept.), S. 6.

⁵³ Sitzung des Parteiausschusses am 27. Nov. 1920, Bundesarchiv Koblenz R 45 III/10, S. 14: Preuß erfreut über den Verlauf der Debatte, während er anfangs gefürchtet hatte, daß die Stimmung für einen Zusammenschluß mit der DVP allgemein sein würde. Vgl. auch: Preuß, Um die Reichsverfassung von Weimar, Berlin 1924, S. 17 ff.

⁵⁴ Brief Payers vom 26. 8. 21 an Wilhelm Cohnstädt: „. . . das schlimmste, was Deutschland passieren kann, ist es, wenn die Verhältnisse sich so gestalten würden, daß das Volk sich in 2 Lager spalten würde, deren einem alle bürgerlichen, deren anderem alle Arbeiterparteien angehören würden, was ja von beiden Richtungen aus vielfach ernstlich angestrebt wird. Deshalb darf die Demokratische Partei sich keinesfalls an der Bildung einer sog. bürgerlichen Koalition beteiligen.“ Nachlaß Friedrich Payer, Bundesarchiv Koblenz, Faszikel Nr. 14.

⁵⁵ Vgl. Hartenstein, a. a. O., S. 203 ff.

⁵⁶ Stresemann, Von der Revolution bis Versailles, a. a. O., S. 59.

1919 verlor die DDP, in weiten Kreisen als „halbsozialistische“ Schrittmacherin der SPD gescholten, einen Teil der Sympathien, die ihr nach der Revolution entgegengebracht worden waren. Gertrud Bäumer hat diesen Vorgang von ihrem Standpunkt aus gewiß treffend beschrieben: „Wenn jetzt das Bürgertum sich zum Teil der Demokratie entfremdet, so ist das ein Ausdruck dafür, daß die erste Erschütterung der Revolution . . . vorüber ist, und daß manche heute denken, sie könnten vielleicht die ganze Sache billiger haben, als sie es sich erst gedacht haben.“⁵⁷ Die Motive für die Abwanderung der Unzufriedenen in das Lager der „rechtsliberalen“ DVP leuchten auf in den Artikeln, die Johannes Fuchs, der ehemalige Generalsekretär des nationalliberalen Wahlvereins für Kurhessen, im Sommer 1919 in den „Deutschen Stimmen“ veröffentlichte⁵⁸; es sind die gleichen, welche die „Demokratische Sezession“, eine Berliner Gruppe um die früheren fortschrittlichen Abgeordneten Wiemer und Mugdan⁵⁹, Ende April 1920 neben der Betonung ihrer „nationalen“ Gesinnung in den Vordergrund rückte: Die DDP enttäusche dadurch, daß sie keine bürgerliche Politik treibe⁶⁰.

Die Verluste der Partei auf der einen Seite sind aber auch nicht durch einen Zuwachs aus dem linken Lager wettgemacht worden, zumal andererseits die aus recht heterogenen Elementen zusammengesetzte DDP gegenüber manchem Problem der Gesetzgebung keine eindeutige Haltung im Sinne ihrer eigenen Überzeugung hat einnehmen können; es ging parteitaktisch doch oft darum, auf die sich der Demokratie entfremdenden Schichten des Mittelstands Rücksicht zu nehmen. Es fiel das Wort vom „Eiertanz“ der Demokraten⁶¹. Nicht erst in der Zeit der Beratungen des Betriebsrätegesetzes, bereits im letzten Stadium der Verfassungsverhandlungen konnten die Mehrheitssozialisten nicht umhin, ihren Koalitionspartnern die heftigsten Vorwürfe im Sinne einer Vertretung reiner Klasseninteressen zu machen. Schon in den Debatten über die Schule hat der Unterstaatssekretär Schulz konstatiert, daß die meisten Ausschlußbeschlüsse in dieser Frage gegen die Stimmen der SPD zustande gekommen seien⁶², und der Abgeordnete Katzenstein wies darauf hin⁶³, daß die Sozialisten in den Verhandlungen des zweiten Hauptteils der Verfassung oft einer „geschlossenen Phalanx“ gegenübergestanden hätten. In der 3. Lesung konnte dann die Erregung der Sozialdemokraten nicht mehr zurückgehalten werden, als sie in der Abstimmung über Abs. 2 Art. 17 majorisiert, als der Antrag Auer über die Enteignung von Mutungsrechten und Privatregalen mit 170:152 Stimmen zu Fall gebracht und das Ausnahmegesetz gegen landesherrliche Familien mit 198:141

⁵⁷ Am 5. 1. 1920, vgl. Anhang zum 2. Parteitag DDP, a. a. O., S. 227.

⁵⁸ Deutsche Stimmen, 1919: Die Zukunft der DDP und die Nationalliberalen, S. 489 ff.; Offizierkorps und Politik, S. 550 ff.; Rechtsdemokraten und DVP, S. 617 ff.

⁵⁹ Vgl. Hartenstein, a. a. O., S. 200 ff.

⁶⁰ Sitzungen des Geschäftsführenden Ausschusses der DVP, Bundesarchiv Koblenz, R 45 II/53, S. 129/130.

⁶¹ Abg. Schiele (DNVP), Heilfron IX, S. 55.

⁶² Heilfron, VI, S. 4085.

⁶³ Heilfron, VII, S. 345.

Stimmen gestrichen wurden. Diese letzten Abstimmungen „infolge eines Bürgerblocks“, wie Paul Löbe behauptete⁶⁴, erweckten innerhalb der SPD die „schwersten Bedenken“ gegen die Annahme der Reichsverfassung.

Immer wieder mußten die Idealisten der „nationalen Demokratie“ die harte Notwendigkeit verspüren, daß eine Partei nicht allein dem Ruf ihrer Leitbilder folgen kann, sondern abhängt von den jeweiligen, oft sehr materiellen Interessen ihrer Wähler. In einer Zeit, in der nach einem Worte Ruggieros⁶⁵ der „geschichtliche Materialismus, ursprünglich die Lehre einer der streitenden Parteien“, „zum Sinnbild aller anderen geworden“ ist und dem politischen Kampf „Gepräge und Richtung“ gegeben hat, war der Versuch der DDP, vom Ideellen her eine große, alle Klassen und Stände umfassende Partei zu schaffen, zum Untergange verurteilt.

Als sich die Reichstagsfraktion im Herbst 1920 zu einer Beratung in Ulm zusammensetzte, entwarf Conrad Haußmann eine Art Selbstkritik der DDP⁶⁶: „Sie ist keine Massenpartei und keine Klassenpartei und keine Wirtschaftspartei“ und wird „in absehbarer Zeit keine Mehrheit“ erzielen. Es bleibe ihr die Aufgabe, „qualitativ“ zu „wirken“. Auch als kleine Partei sei sie die „Staatspartei“, die jede Regierungskoalition in Deutschland erst möglich mache. So wollte auch Moritz Julius Bonn ein Jahr danach die „nationale Aufgabe der Demokratie“ aufgefaßt wissen⁶⁷: „Eine kleine Partei mit geschlossener Weltanschauung und einheitlicher Politik ist auf die Dauer viel einflußreicher als eine größere Partei, die zwar eine selbständige Organisation hat, deren Politik aber nur mehr oder minder erfolgreiche Mimikry ist.“ – Mit diesen Worten ist die Tatsache umschrieben, daß der deutsche Linksliberalismus den Versuch, sich zu einer demokratischen Massenpartei zu bilden, aufgeben mußte.

III

Das Ergebnis bestätigt Schieders⁶⁸ Antwort auf die Frage nach dem parteipolitischen Scheitern des deutschen Liberalismus, den Hinweis auf die Versäumnisse und Verspätungen, die mißglückten Anläufe und steckengebliebenen Ansätze auf dem Wege zu einer den Verhältnissen des 20. Jahrhunderts entsprechenden Massenpartei. Auch im Jahre 1919 gelang weder ein Einbruch in das Proletariat noch die Bildung einer großen, das gesamte liberale Bürgertum vertretenden Partei. Nur im Hinblick auf die Parteiorganisation glaube ich Schieders Urteil ergänzen zu müssen. Die Reform des organisatorischen Aufbaus dürfte energischer und erfolgreicher durchgeführt worden sein als bislang angenommen wurde. Sie geht weit über die Bestrebungen hinaus, die bereits vor 1914 bei den Nationalliberalen wie beim Links-

⁶⁴ Heilfron, VII, S. 449.

⁶⁵ Guido de Ruggiero, *Geschichte des Liberalismus in Europa*, München 1930, S. 412.

⁶⁶ Nachlaß Haußmann, a. a. O., Nr. 25, „Die Fehler der bürgerlichen Demokratie“.

⁶⁷ Zeitungsartikel vom 10. 11. 1921, B. T. (Berliner Tageblatt), vgl. Nachlaß Haußmann Nr. 103.

⁶⁸ Vgl. die unter Anmerkung 2 angeführte Literatur.

liberalismus nachzuweisen sind⁶⁹. Jedoch sollte man sich vielleicht vor einer Überschätzung des Technischen hüten, denn letzten Endes wird die Frage nach der Organisation erst dann relevant, wenn Massen existieren, die sich von einer Partei angesprochen fühlen und die Bereitschaft zur Organisation mitbringen. Selbst die geschicktesten „Trommler“ totalitärer Parteien wären ungehört geblieben, wenn nicht manche Vorbedingung, die weder etwas mit den Formen der Agitation noch der Organisation zu tun hat, erfüllt gewesen wäre. Jedenfalls mögen Versäumnisse auf anderen Gebieten für die Geschichte der DDP größere Bedeutung erlangt haben.

Überdies wird das Schicksal einer Partei wie das eines Individuums nicht allein durch ihr Versagen und ihre Fehlleistungen bestimmt. Auch in einem an sich berechtigten Streben kann mitunter der tiefere Grund für ihre Erfolglosigkeit liegen.

Unter diesem Aspekt erscheint die Vorstellung der Liberalen vom Verhältnis des „Staates“ und der „Gesellschaft“ als eine der Hauptursachen für den Zusammenbruch des liberalen Parteiwesens. Naumanns Meinung, nach der das moderne Verfassungsrecht auf den „Verbandsmenschen“ erhöhtes Augenmerk zu richten habe⁷⁰, unterstreicht die Tatsache, daß der erste Vorsitzende der DDP nie ganz in der Tradition des deutschen Liberalismus gestanden hat. Für den späteren Liberalismus war vielmehr der Wille bezeichnend, das in Berufs- und Interessenverbände zerrissene Staatsvolk, die „pluralistische Gesellschaft“, deren Existenz durchaus gesehen wurde, mit Hilfe politischer Parteien im Raume des Staatlichen wieder zusammenzuführen. Von hier aus erklärt sich das – mit wenigen Ausnahmen – geringe Interesse der Liberalen von 1919 an dem Ausbau einer „Wirtschaftsverfassung“ und an der Idee des wirtschaftlichen Räteystems. Nach der Lehre des jüngeren Liberalismus sind die Parteien keineswegs damit beauftragt, die einzelnen Gesellschaftsgruppen im Parlament zu vertreten. Ältere, dieser Auffassung widersprechende Theorien über die Repräsentation hat bereits das einflußreiche Werk Georg Jellineks bekämpft⁷¹. Und für Hugo Preuß⁷² stellen die Parteien ein Mittel gegen die Atomisierung der Nation durch die Gesellschaft dar; erst die *freie*, d. h. nicht von Wünschen sozialer Gruppen diktierte Selbstorganisation des rechtsgleichen Volkes in politischen Parteien mache das Volk handlungsfähig⁷³. Von diesem Standpunkt aus erscheint die Ehe von Partei und sozialer Gruppe als eine ganz und gar unerwünschte Verbindung, gilt es doch, das Gemeinschaftsbewußtsein, das, wie Gertrud Bäumer

⁶⁹ Dargelegt bei Thomas Nipperdey, *Die Organisation der deutschen Parteien vor 1918*, Düsseldorf 1961, zusammenfassend S. 174 f. u. 239 f. Mit Recht bemerkt Nipperdey, daß die veränderte verfassungsmäßige Stellung der Parteien nach 1918 diese Entwicklung gefördert hat (S. 396 ff.).

⁷⁰ Vgl. seine Rede über die Grundrechte: Bericht und Protokolle des Achten Ausschusses über den Entwurf einer Verfassung des Deutschen Reiches, Berlin 1920, S. 180.

⁷¹ G. Jellinek, *Allgemeine Staatslehre*, Neudruck Darmstadt 1959, S. 578 ff.

⁷² *Recht, Staat und Freiheit*, Tübingen 1926, S. 492.

⁷³ Vgl. H. Preuß, *Reich und Länder*, Bruchstücke eines Kommentars zur Verfassung des Deutschen Reiches, Berlin 1928, S. 266 ff.

klagte⁷⁴, in Deutschland sich nur als Klassenbewußtsein entwickelt habe, auf die größere Einheit, die Volksgemeinschaft, zu übertragen.

Die hier angedeutete Theorie der Partei, die in engem Zusammenhang steht mit der Vorstellung der Klassensolidarität, ist natürlich nur für eine gewisse Anzahl demokratischer Führer Richtschnur und Maßstab gewesen. Um so verständlicher mag es sein, daß dieser eigentliche Wille einer geistigen Elite, von dem jene Theorie kündigt, gewiß nicht opportun sein konnte in einer Zeit großer Wirtschaftskrisen, als der Wähler von seiner Partei vor allem eine tatkräftige Vertretung seiner wirtschaftlichen Interessen erwartete. Insofern liegt wohl etwas Wahres in der Behauptung, daß die DDP nicht allein an ihren Versäumnissen, sondern auch an ihren höheren Zielen zugrunde ging.

⁷⁴ Grundlagen demokratischer Politik, Karlsruhe 1928, S. 69.